

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Mittwoch

30 April

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Nr. 101 — 1919

37. Jahrgang

Verordnung

Art. I. Der 1. Mai wird in der ganzen von der französischen Armee besetzten Zone Feiertag sein.

Art. II. Die Versammlungen und Versammlungen sind verboten, ausgenommen in den Fällen, wo sie vom kommandierenden General der Armeegruppe erlaubt werden.

Die Erlaubnisgesuche dieser Art sind durch die Vorstehenden der interessierten Sandkate an die kommandierenden Generäle der VIII. und X. Armee zu richten.

Die Vorstehenden sind für jede Unruhe auf den Straßen und jede den Alliierten feindliche Kundgebung verantwortlich.

Art. III. Jede Versammlung oder Versammlung wird verboten, jede Unruhe auf den Straßen und besonders jede Kundgebung gegen die Alliierten wird mit Gewalt unterdrückt werden.

Die Schuldigen werden vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Art. IV. Die kommandierenden Generäle der VIII. und X. Armee werden mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Der Kommandierende General der Armeegruppe FAYOLLE.

Bekanntmachung

In der Verhandlung im hiesigen Ratshaus am 28. d. M. betreffend die Tarifserhöhung der Wiesbadener Straßenbahnen, an der teilgenommen haben:

- für die Kleinbahnverkehrsbehörde: Oberbürgermeister Haffing, Beigeordneter, Regierungs- und Bauamt Petri, Bauamt Veritt;
- für den Magistrat Viebrich: Stadtbaurat Thiel;
- für die S. E. G. zu Darmstadt: Direktor Regierungs- und Bauamt a. D. Jordan wurde folgendes vereinbart:

Um die im Tarifverträge den Betriebsangehörigen und Arbeitern gemachten Zugaben zu ermäßigen, wird der bisher gültige Tarif für die Wiesbadener Straßenbahnen und nach den Vorworten wie folgt geändert:

- Es werden erhoben:
- für 2 Teilstrecken 15 Pf.
- 3 " " 20 "
- 4 " " 25 "
- 5 " " 30 "

und für jede weitere Teilstrecke 5 Pf. mehr.

2. Es kommen die Ausnahmepreise für Einzelfahrtstickets zwischen Mainz und Wiesbaden über Viebrich-Dt. in Wegfall.

3. Es erhöhen sich die Teilstreckenpreise wie folgt:

Teilstrecke	Preis
1. Teilstrecke von 1.75 auf 2.00 M.	2.00
2. Teilstrecke von 2.00 auf 2.25 M.	2.25
3. Teilstrecke von 2.25 auf 2.50 M.	2.50
4. Teilstrecke von 2.50 auf 2.75 M.	2.75
5. Teilstrecke von 2.75 auf 3.00 M.	3.00

für jede Teilstrecke um je 1 M. mehr. Die Stadtbahnfahrkarte von 14 M. auf 15 M. und die Einzelfahrtsticket Mainz-Wiesbaden bzw. Mainz-Viebrich-Schierstein von 14 auf 15 M. Diese Erhöhungen treten mit dem 1. Mai 1919 in Kraft.

Der für die französische Besatzung vereinbarte Militärtarif bleibt unverändert.

Le Lt. Colonel Administrateur supérieur du District de Wiesbaden.

Signé: PINEAU.

Der 1. Mai

Am 1. Mai werden in Deutschland alle Räder rollen, weil der starke Arm des Proletariates also begehrt. Freilich auch dieser starke Arm war nicht stark genug, um seinen Willen durchzusetzen, er mußte bürgerliche Hilfe leihen, um den 1. Mai 1919 zu einem geistlichen Feiertage zu erklären. Die friedlichen Bürger werden zum Spaziergang machen, während die Sozialdemokraten von Sieg und Triumph reden werden. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen haben sich allmählich ausgebildet, sie begaben an diesem Tage das Kriegsgeißel und demonstrieren gemeinsam. Es war den beiden Verbänden doch wohl etwas gemut, von Völkerverständigung zu sprechen und dabei selbst einen erbitterten Kampf in den eigenen Reihen zu führen. Die gemeinsame Demonstration ist sehr lebhaft. Von einem unüberwindlichen Gegensatz zwischen Unabhängigen und Sozialdemokraten kann demnach nicht gesprochen werden. Die Dase und Scheidemann gemeinsam die Revolution machten, so geben sie auch jetzt gemeinsam vor, um die Verbrüderung der Proleten aller Welt zu verkünden. Nur einer fehlt, obwohl er doch dem Herzen der Unabhängigen so nahe steht, nämlich Spartakus. Wäre er mit bei der Partie, so könnten die Demonstranten von sich sagen: Drei Elemente, innig geeicht, bilden das Leben, bauen die Welt. In der deutschen Nationalversammlung wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß es einmal unsere Pflicht sei, zu arbeiten und wirtschaftliche Werte zu schaffen,

Vom Elend unserer Währung

angebot und Kaufkraft bedingen den Preis. Diesen natürlichen Vorgang bei allem Kauf- und Handelsverkehr vermögen selbst strenge Vorschriften eine Zwangsmaßnahme nicht zu verhindern. Die vielfältige Anordnung von Beschlagnahme und Höchstpreisen sowie die Zwangsabrechnung unserer Einfuhr, hat im allgemeinen Handel erst recht hohe und immer höhere Preise gesetzt; infolge der unangenehmen Entwertung großer Warenmengen wird für den Geschäftshandel aus dem Inland und dem Ausland nur verhältnismäßig wenig übrig, während der Export sehr reger war. (Auch das Wagnis der den geheimen Handel vermittelnden Personen der Ware verteuert. Ist noch ein besonderer Umstand.) Für den Gegenwert, den wir zur Bezahlung ausländischer Güter zu entrichten hatten, waren seit Februar 1916 ebenfalls Zwangsverordnungen erlassen, nämlich diejenigen über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, den sogenannten Devisen. Dieser Verkehr wurde durch die Beschlagnahme der Reichsbank und bestimmter Banken erlassen, an die auch alle in solche Devisen und Guthaben im Ausland veräußert werden durften.

Wegen dieser Vorschriften ist trotz des Verkehrs immer strengerer Überwachung kein Geld mehr fließen, auch gegen das Verbot der Ausfuhr größerer Beträge von Reichsmark und Ausland.

Deutschland war bereits während des Krieges an ausländischen Werten immer armer geworden und hatte zur Bezahlung von dringend notwendigen Einfuhr schon ihre Gold abgeben; denn die Möglichkeit, durch Lieferung von Brennstoffen, Chemikalien und anderen Ausfuhrartikeln in neutralen Ländern Guthaben zu schaffen, blieb befristet. Daher ließ sich gar nicht verhindern, daß die Nachfrage nach neutraler Währung und das Angebot von deutschem Papiergeld zunahm. Dennoch besserte sich das Verhältnis zwischen den Preisen der fremden Währungen und dem Reichsmark nicht, so daß man im Ausland glaubte, daß die Möglichkeit irgendeiner Preissteigerung etwas abgenommen sei. Das trat auch wieder ein, nachdem wir Anfang Oktober 1918 um einen Währungsstillstand nachdrücklich baten. Das Vertrauen in die Zahlungsmittel Deutschlands und damit die Gültigkeit der Reichsmark war nach Kriegsende erschüttert. Und doch hatte sich bei uns das Verhältnis zwischen dem Gesamtumsatz papierner Geldzeichen und dem als feste Sachwerte geltenden Goldbestand der Deutschen Reichsbank bereits außerordentlich ungünstig gestaltet. Aber ähnliche Verschlechterung lag und liegt auch bei anderen Ländern und manchen neutralen Ländern vor.

In allen Weltkriegen ist die Ausgabe von Banknoten und Erzeugnissen während des Krieges gewaltig angestiegen. Es mag sich vor allem, was es um den Kredit des Landes steht, das sie angestiegen hat, namentlich auch um die Währungen der neuen Geld erwerbenden anderen Völkern für die Währung. In Deutschland hat die neue Währung durch Vorsorglichkeit mit immer neuen Schenkungen begun. Raten alle Verhältnisse des Krieges zu bedenken; so wurden die Auszahlungen bezahlt, die Vermögenswerte entloht, ohne daß für Einzahlungen des Reichs das Geld geblieben. Dabei ist der Umlauf von Reichsbanknoten und Reichsscheinen, der schon Ende Dezember 1918 mehr als 32 Milliarden Mark betrug, bis Mitte April d. J. auf rund 44 Milliarden Mark angewachsen. Am Schluss des Jahres 1917 hatte dieser Mark 17,9 Milliarden erreicht, am 31. Oktober 1918 lag vor der Revolution erst 26 Milliarden Mark. Somit sind also in nur 18 Monaten noch rund 18 Milliarden Mark Papiergeld auszugeben worden. Kein Wunder, wenn man schon deshalb im Ausland die Reichsmark immer schlechter bewertet.

Als nach längerer Kesselfahrt in der Schweiz für die 100 Franken jetzt Mark geordert wurden, wie man schon im Ausland für die 100 Mark zu erhalten gewohnt war, entsetzte man sich darüber in Deutschland. Aber diese Umwertung des soeben erwähnten Reichsmarkes hat die Währungen zu einander war nach ein überaus günstiger Zustand im Vergleich zu der Umwertung unserer Reichsmark, wie sie gegenwärtig zu befragen ist. Denn dürfte man bei uns den Franken mit rund 80 Pfennig zu bewerten, so hat demnach die Mark einen Betrag von rund 1,25 Franken gleichgewogen war. Dies entsprach allerdings der internationalen Wertigkeit im Frieden nur annähernd; denn genommen wurde man die 100 Mark mit nur 123,45 Franken (nicht 125 Franken) einkaufte, so

100 Franken mit 81 Mark zu bewerten waren. Doch das nur nebenbei. Während des Krieges erlebte man zeitweise argen Tiefstand der Mark, so daß für die 100 Franken beinahe nur im Herbst 1917 etwa 165 Mark, auch am 1. Juli 1918 immerhin 143 Mark und am 2. Oktober 145 Mark entrichtet werden mußten. Knapp zwei Wochen später war aber infolge der Hoffnungen auf Frieden sofort Erhöhung erfolgt, das 125 Mark gleich 100 Franken galten. Seitdem ging es jedoch mit unserer Währung fortwährend und im laufenden Monat nochmals sehr bergab, so daß man augenblicklich schon 277 Mark begeben muß, um 100 Franken zu bekommen, demnach mehr als doppelt soviel, wie im Oktober vorigen Jahres, und fast das Dreifache der im Frieden üblichen Gegenstände.

Als wichtigste ausländische Bezugsgebiete kamen für uns während des Krieges und bisher das Ausland, die Schweiz und die skandinavischen Länder in Betracht. Um gewisse Umsätze über die Bewegungen der Währung unserer Mark in diesen Ländern zu bieten, stellen wir hier den Frieden durchschnittlich fest. Die Währung der Schweiz stand vom Jahre 1917, der auch bis zur Revolution der ungünstigste blieb, demgegenüber freilich, welche die Bewegung seit der Mitte des Jahres 1918 erkennen lassen:

	Umsatz in Mark	Umsatz in Schweizer Franken	Umsatz in Schillingen
für die 100 Mark in			
Reichsmark	50,25	82,80	123,45
Angestrichelter Stand im Herbst 1917	30,80	38,25	60,60
Ende 1917	45,40	64,25	85,00
1. Juli 1918	34,5	56,75	70,00
1. Okt. 1918	33,0	53,25	64,50
14. Okt. 1918	39,75	61,00	80,00
31. Okt. 1918	34,00	55,00	71,50
31. Dez. 1918	30,25	47,50	67,75
31. Jan. 1919	30,00	46,50	66,25
31. Feb. 1919	28,15	40,00	57,75
28. März 1919	24,75	39,00	48,50
31. April 1919	22,50	37,00	45,50
24. April 1919	17,80	29,50	36,10

Verändertes hervorgehoben ist die ununterbrochene und starke Entwertung der Reichsmark seit der Revolution in Deutschland. Zeitweise hatte etwas Erholung ein, so in der ersten Hälfte des Monats März. Aber neue schwere Bedrohungen unserer Währung, Streiks und sparteiliche Währungs in Bayern usw. bedrohten wieder, aus dem Reich, zumal da fast alle eben schon genannten Ursachen für den Fall des Marktes noch unbehoben blieben. Der Umlauf der Währungsmittel und anderer Notwendigkeiten ist daher geworden; aber an ausfuhrbaren Gütern hat man bei den innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland fast nichts mehr hervorgebracht, da nicht einmal der heimische Bedarf an solchen Erzeugnissen gedeckt werden konnte. Wir besitzen u. a. nicht mehr viel Holz, das wir damit unsere wichtigsten gewerblichen Unternehmungen versorgen und den Export schon so sehr verringern. Wirtschaftswerte werden erhalten können. Jahren sprechen; deshalb haben es nach den obigen auch nicht mehr vieler Worte, um das Elend unserer Währung zu schildern.

Man mag sich nun freilich in Berlin und momentlich im westdeutschen Großgewerbegebiet etwas mehr geteilt: hoffentlich kommt nicht wieder ein Rückschlag, wie er allerdings nach Währungs ausmachenden Währungs der Währungsbedingungen und Streiks zu befürchten ist. Wenn weniger Tage soll über die Friedensbedingungen Ähnliches bekannt werden; wie wird ihr Inhalt lauten, wie ihre Wirkung auf den Bestand der deutschen Währung sein? Man hat schon allerlei Folgen eines vorläufigen Friedensschlusses erörtert, namentlich die Befreiung amerikanischer Güter an deutschen gewerblichen Unternehmungen und sogar die Währungs einer großen Währungs für Deutschland als möglich bezeichnet. Derartige Währungs für unsere Währung vielfach von Vorteil sein, ist jedoch sehr fraglich. Dagegen bleibt es ganz gewiß, daß wir unsere Postlage nicht nur immer verschärfen, wenn man nicht endlich in Deutschland allenthalben ausnützlich wieder arbeiten und von Unruhen völlig abklingt.

darauf hinweisen, wie seit Beginn des Jahres 1917 die Sozialdemokratie die deutschen Soldaten nach einem großzügigen Plan zur Fahnenflucht veranlaßte. Kurz vor dem Waffenstillstandsangebot sprach Hindenburg das Wort: „Wie soll ich die Front länger halten, wenn ich täglich 20.000 Soldaten durch Ueberlaufen zum Feinde verliere.“ Mehrlos standen wir da, als der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, wehrlos sind wir heute, da wir nicht vor dem Frieden stehen. Mit der materiellen Macht haben wir auch unser Ansehen völlig eingebüßt. Die Wehrlosigkeit seit den Tagen des November, die Scheitern der Währungs in den meisten Großstädten, das Treiben der Volkshäuser in Bayern, Nord, Währungs und Zoll — alles Folgen der Revolution, aber die am 1. Mai die Sozialdemokratie aus voller Brust jubeln wird. Deutschland muß sich schämen vor aller Welt, nicht weil es den Krieg verloren hat, sondern weil es ihm an der notwendigen moralischen Reife gebricht. Wir sollten trauern über die Millionen Volksgenossen, die in Kriegergräbern schlummern, wie sollten der Rot und des Elends breiter Schichten gedenken, statt dessen erlachten wir zur Freude, statt dessen arrangieren wir große Feste. Und Deutschland sollte endlich zu unbedruckter Arbeit schreiten, statt dessen feiern wir nach so vielen Streiktagen einen neuen Tag, nämlich den 1. Mai. Wenn es nur dabei bleibt! Steht doch zu befürchten, daß mancher am 2. Mai noch in den Spuren des 1. Mai wandelt und den Weg zur Arbeit nicht zurückfindet.

Der 1. Mai ist nur in diesem Jahre gescheitert. Die bürgerlichen Politiker

in der Regierung haben gegenüber der Sozialdemokratie so ja ziemlich jedes Maß verloren, aber soweit, daß sie für ewige Zeiten einen neuen Feiertag statuierten, sind sie doch nicht gegangen. Nur ausnahmsweise soll in diesem Jahre geistlicher Feiertag sein, den das ganze Volk innerlich mitzufühlen habe. Das ist nun freilich etwas zuviel verlangt. Wenn sich die Sozialdemokraten der Ergründung der Revolution freuen, so kann das Völkertum nur an die Not und das Elend denken, die im Gefolge der Revolution eingetreten sind. Man hat ja guten Grund anzunehmen, daß zum erstenmal und auch zum letzten mal morgen Feiertag ist. Denn über das Jahr wird die Menschheit hoffentlich vernünftiger geworden sein. Ueber das Jahr hat sich die Schreibung der Weiler vollzogen. Wenn jetzt Sozialisten beider Richtungen, Rechtssozialisten also und Unabhängige, sich vereinen zu löblichem Tun, so ist das vielleicht die Ankündigung für die Befreiung auf radikaler Basis. Bei einer neuen Wahl wird die Sozialdemokratie mit weniger Mandaten und weniger politischer Stimmkraft vertreten sein. Schlichte sie sich aber den Unabhängigen an, so werden es die bürgerlichen Parteien ablehnen, die Streikführer der politischen Radikalisierung zu sein. Morgen jubeln und triumphieren Deutschlands Sozialisten über den Sieg, den sie errungen haben. Aber der graue Alltag wird andauern und die Tugenden der Volksoberführer in eine Grube versinken.

Im Anklagezustand

Paris, 29. April. Das „Echo de Paris“ teilt mit: Der redaktionelle Ausschuss der Friedenskonferenz hat gemäß den Anweisungen, die ihm der Rat der ersten Delegierten der Hauptmächte auf Grund des Beschlusses der Kommission gegeben hat, folgende Artikel zusammengestellt, die heute nachmittags beraten werden:

1. Die alliierten und assoziierten Mächte klagen öffentlich Wilhelm II. von Deutschland, bisherigen deutschen Kaiser, an, nicht wegen Verbrechen gegen die Strafrecht, sondern wegen schärferer Verletzung (offense supreme) der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Ein besonderer Verstoß gegen das Gebot der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit gegen die Angeklagten abgeurteilt; das Recht der Verteidigung wird ihm zugesprochen. Der Verstoß wird aus fünf Gründen behauptet, von denen je einer durch die folgenden fünf Großmächte erannt wird: Vereinigte Staaten von Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan. Die verbundenen und assoziierten Mächte werden an die niederländische Regierung das Ersuchen richten, den ehemaligen Kaiser an sie auszuliefern, damit über ihn das Urteil gefällt wird. Der Verstoß wird seinem Urteil zugrunde liegen: Die erdabenden Grundfälle, nach denen die politischen Beziehungen zwischen den Staaten sich richten müssen, insbesondere hinsichtlich der Souveränität, mit der feindliche Verpflichtungen und internationale Verträge eingehalten und die internationale Moral gewährleistet werden müssen. Er wird das Recht haben, die Strafe zu verhängen, die nach seinem pflichtgemäßen Ermessen anzuwenden sein wird.

2. Da die deutsche Regierung keine Gewähr dafür geboten hat, daß die Verletzung derjenigen Verträge, die der Verstoß gegen die Gerechtigkeit und die Heiligkeit der Verträge angeht, erfüllt wird, so werden diese Verträge durch die alliierten und assoziierten Mächte verfolgt und gegebenenfalls zu den Strafen verurteilt werden, die allgemein durch das Völkerrecht vorgeschrieben sind. Die deutsche Regierung muß den alliierten und assoziierten Mächten und zwar denjenigen, die das Ersuchen an sie richten werden, jede Persönlichkeitsauslieferung, die ihr wegen eines der vorerwähnten Verbrechen bezeichnet wird, sei es namentlich oder durch Angabe des Dienstgrades, des Alters, der Beschäftigung, mit denen die Verfolgung durch die deutschen Behörden beauftragt worden ist.

3. Die Urheber von Verbrechen gegen Unterwerfung der alliierten und assoziierten Mächte werden von Militärgesetzen abgeurteilt werden, die aus Mitleiden von Militärgesetzgebern der beteiligten Mächte bestehen. In jedem Falle wird der Angeklagte das Recht haben, selbst seinen Verteidiger zu bestimmen.

4. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, alle Urkunden vorzulegen und alle Auskünfte zu geben, welcher Art sie auch seien, die notwendig sind, um die Verbrechen aufzuklären, die Schuldigen herauszufinden und die Verantwortlichkeit genau festzustellen.

Forderungen der Eisenbahnarbeiter

Berlin, 28. April. Zu der Forderung einer Lohnsteigerung der Eisenbahnarbeiter um 1 M. für die Stunde wird von untergeordneter Seite mitgeteilt, daß die Erfüllung dieser Forderung sowie die damit verbundene Erhöhung der Beamtensgehälter für die preussische Staatsbahn eine jährliche Mehrausgabe von 2 Milliarden Mark mit sich bringen würde. Der Eisenbahnmittel ist gar nicht in der Lage, eine Entschädigung über diese Forderung selbst zu treffen. Diese steht nur dem Reichsministerium und der preussischen Landesverwaltung zu. Ein Zugeständnis der Lohnsteigerung ist eine gleichzeitige Deckung der entstehenden Mehrkosten notwendig. Die Eisenbahnarbeiter in Berlin verdienen mit 27 Jahren je pro Stunde 2,50 M. bei einem achtstündigen Arbeitslohn. Dieses entspricht einem Tagelohn von 20 M. Die Eisenbahnarbeiter in Berlin verdienen im gleichen Alter 2,20 M. pro Stunde, was einem Tagelohn von 17,60 M. entspricht. Der geringste Lohn der Arbeiter von 19 Jahren beträgt 2,20 M. bzw. 1,75 M. in der Stunde.

Verwaltungsreform

Berlin, 28. April. Der preussische Minister des Innern, Herr von Helldorf, hat vor einigen Tagen in einer Versammlung der Danziger Reichstagsfraktion interessante Ausführungen über die geplante Reform des Verwaltungsapparates in Preußen gemacht. Nach dem Bericht des Danziger Reichstagsfraktionschefs, Herr von Helldorf, lautet die Rede des Ministers wie folgt:

„Ob das Amt des Oberpräsidenten in der bisherigen Weise wird beibehalten werden, sind wir noch nicht sicher. Wichtig ist es, die zentralisierte Verwaltung Preußens aufrechtzuerhalten. Wie es unter Dinschlag ist, dann ist das Amt des Oberpräsidenten in mancher Beziehung überflüssig. Es kann verbunden werden mit dem Amt, das jetzt der Landesoberpräsident innehat. Wenn aber aus Preußen eine Anzahl unabhängiger kleiner Provinzialverwaltungen wird, dann gewinnt das Amt des Oberpräsidenten eine große Bedeutung, denn dann ist der Oberpräsident die Behörde, die die Politik der Regierung in diesen einzelnen Provinzen gegenüber den ausstehenden Elementen vertreten muß. Darum müssen wir die Frage, wie das Amt des Oberpräsidenten umgestaltet werden muß, noch der Zukunft überlassen. Das Amt des Regierungspräsidenten wird, wenn der Landrat kommunalbeamter wird, das allerwichtigste sein, denn der Regierungspräsident ist gewissermaßen die Hand, die die Regierung in der Verwaltung überhaupt noch hat. Er ist das Organ, durch das die Einheitlichkeit der Gesetzgebung und Gleichbehandlung der Verwaltung im ganzen preussischen Staat ausgedrückt wird von der Zentralstelle aus. Wenn man noch so sehr für Selbstverwaltung und Zentralisation eingenommen ist, wird man doch zugeben müssen, daß bei der Einheitlichkeit im großen politischen und wirtschaftlichen Leben eine gewisse Einheit in der Verwaltung, in der Auslegung der Gesetze unerlässlich ist, und daß Organe für die Vollziehung des zentralisierten Willens des Volkes vorhanden sein müssen. Ein solches Organ wird der Regierungspräsident sein. Die Regierung muß für diesen Vorgesetzten einen Mann finden, der im Einklang mit den politischen Tendenzen der Regierung arbeitet. Der Landrat soll der Vertreter des Kreises, ein kommunalbeamter Beamter des Kreises werden, nicht ein politischer Beamter der Regierung, sondern der Vertrauensmann der Kreisbevölkerung, ungeachtet das, was in den Städten der Bürgermeister ist. Nach unsern Plänen soll er nur auf Zeit gewählt werden und sich nach etwa zwölf Jahren einer Neuwahl unterziehen. Die Aufgaben der Kommunen sollen in vielen Fällen erweitert, die Polizei grundsätzlich den Gemeinden übertragen werden, natürlich mit der Oberaufsicht des Staates für die Maßnahmen, die nur in gemeinsamer Weise getroffen werden können, wie Gesundheitspolizei, Wohlfahrtspolizei usw.“

Der Minister verteidigte sich dann gegen den in der sozialistischen Presse oft gebrauchten Vorwurf, daß die bisherigen Inhaber der Landratsstellen nicht schnell und radikal genug durch Männer der neuen Zeit ersetzt worden seien. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Wahlrechtsreform, die in den Händen der Landräte, der Vertrauensleute der Agrarverbände, der Bauernvereine lag und schwer erschüttert worden wäre, hätte man die Leitung einem zu jenen Wechsel ausgeübt. Weiter erwiderte der Minister, daß nur sehr wenige Landräte der Politik der neuen Regierung direkten Widerstand entgegengeleitet hätten, während allerdings sehr viele nicht mit dem Herzen dabei seien. Das könne er ihnen nicht verübeln, und im Grunde seien ihm diejenigen, die aus ihrer Abneigung kein Hehl machten, lieber als jene, die sich nun plötzlich als Mehrheitsfraktion entbehrten. Ueber die allgemeinen Grundzüge bei der Befreiung der obersten Verwaltungsstellen äußerte sich Herr von Helldorf wie folgt:

„Bei meinem Amtsantritt bin ich gebeten worden, in der Verwaltung neues, frisches Blut zu bringen. Wir waren genötigt, uns mit den beiden Mehrheitsparteien zu einigen, die ja auch das Recht hatten, in dieser Beziehung die Politik zu kontrollieren. Wir haben für Kommern einen Oberpräsidenten der Demokratischen Partei, wir haben in Schlesien und Schleswig-Holstein Männer aus dem Volke, Arbeiter, Genossen unserer Partei, die sich bereits in der Verwaltung eingebracht

haben, ernannt. Wir werden weiterhin auch Männer aus den Fraktionen an solche Plätze berufen. Doch darüber werden wir uns alle klar sein müssen: Mit der Gestaltung allein kann man kein Amt ausfüllen. Kraftige Erfahrung, guter Wille, Energie und Fleiß gehören dazu. Ich sehe mit Freude, wie gut es geht auch mit den Oberpräsidenten, die keine Juristen sind.“

Immerhin scheint es mit dem vollwertigen Ersatz der alten Verwaltungsbeamten durch die jetzigen Regierungsgenossen noch ziemlich zu haben, denn der Minister gibt zu, daß es an gekulten Kräften fehle, und erklärt weiter, daß der größte Teil seiner Arbeitszeit in Anspruch genommen werde durch die Erledigung von Gesuchen von Leuten, die jetzt Regierungspräsident, Landrat usw. werden wollten. Der Drang zur Parteipolitik wird durch diese Bemerkung des Ministers seine eine hübsche Illustration. Die ganze innere Verwaltung soll umgearbeitet werden, wozu die Vorarbeiten schon von einem hervorragenden Fachmann in Angriff genommen seien. Gleich nach Erledigung des Staats will seine der Landesversammlung den Verfassungsentwurf für Preußen vorlegen, ohne dabei auf das Reich zu warten.

Die Organisation der Räte

Berlin, 28. April. Für die zukünftige Aufgaben der Gewerkschaften suchen die Vertreter der Verbände vorstehend die Gewerkschaften in einer neuerlichen Zusammenkunft Richtlinien festzulegen. Der Referent ging davon aus, daß im Sozialismus die höhere Wirtschaftsform zu erblicken sei, weshalb die Gewerkschaften sich zur Arbeit an der Sozialisierung bereit erklären. Auch in der Gemeinwirtschaft seien die Gewerkschaften unerlässlich, gleichwie die Arbeiterklasse selbst unter dem sozialistischen Arbeitsrecht und bei demokratischer Verwaltung der Arbeitnehmer nicht auf das Streikrecht verzichten könne. Weiter verlangte die Richtlinien innerhalb der Betriebe freiegewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zur Durchführung der Betriebsdemokratie im Einklang mit den Gewerkschaften. Ferner für die Gemeindebezirke und Wirtschaftsgebiete aus Umwälzen hervorgehende Arbeiterräte mit beruflicher Orientierung, denen neben den gewählten Angehörigen des Volkes auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften übertragen werden sollen und schließlich für größere Betriebe und für das Reich Arbeitervertretungen auf Grund von Umwälzen (Kammern). Die letzteren sollen mit entsprechend zusammengefaßten Vertretern der Betriebsräte gemeinsam soziale und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsgremien der Wirtschaft (Wirtschaftskammern) verhandeln. Gelegentlich ausarbeiten und begutachten, sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf deren Durchführung hinwirken. Die Durchführung der in den Richtlinien aufgestellten Forderungen sei Aufgabe der Gewerkschaftszentralorganisationen in den einzelnen Berufen und Industriezweigen, die sich zu einer Gesamtschlichtung der Arbeit im Deutschen Reichsbund vereinigen. Die Gewerkschaften können nicht die Träger der Produktion sein, ihnen fällt die Aufgabe der Arbeiterpolitik zu. Sie sollen grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Arbeitervertreter aufstellen und die Verbindung der letzteren untereinander fördern. Sie müssen weiterhin für die Verbreitung der Kenntnis aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeiterklasse sorgen und damit die Kräfte ausbilden, die für die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.

Ferner hat der Verfassungsausschuss Bestimmungen über die Einrichtung und Aufgabe der Betriebsräte ausgearbeitet, nach denen der Betriebsrat mitzuwirken hat bei Einstellungen und Entlassungen in Betrieben, bei Einstellung und Verwendung von Frauen und Jugendlichen zur Verrichtung von Männerarbeit, bei Befreiung längerer Arbeitszeiten wegen Arbeitsmangel, oder von Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Der Betriebsrat hat das Recht der Mitwirkung bei jeder Lohn- oder Abfindungsverhandlung mit einzelnen Arbeitern des Betriebs, bei Streitfällen im Sinne der Vermittlung, ferner bei der Regelung der Ferien der Arbeiter und Arbeiterinnen, bei Besonderefällen über Beschäftigung und Behandlung der Beurlaubten und der vorhandenen Rängen in der Unfallschuldung, den gesundheitlichen Betriebsbedingungen, Entlassungen wegen Lohn- und Abfindungsfragen dürfen nicht erfolgen, solange nicht der Betriebsrat zur Schlichtung herangezogen wurde. Die

Lohnhöhen müssen dem Betriebsrat auf Verlangen vorgelegt werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten jeder Art im Betrieb ist auch der Betriebsrat anzurufen. In den Bestimmungen werden weiter die Betriebsratswahlen, die Sitzungen der Betriebsräte und Betriebsversammlungen und die Pflichten der Arbeitgeber behandelt. Diese Bestimmungen sollen durch Aufnahme in die Kollektivverträge zum geltenden Recht gemacht werden. Die Konferenz nahm die Richtlinien an.

Die Wirren in Bayern

Der Aufmarsch gegen München

Berlin, 28. April. Die Einkreisung Münchens beginnt enger zu werden. Die Bewegungen sind in vollem Gange. In diesem Regierungsfreien nimmt man an, daß die Unternehmung in vier bis fünf Tagen zu Ende sein wird. Die Monarchie (die Olon ist ein Nebenflüßchen der Isar, die letztere ein Nebenflüßchen der Isar) befindet sich im Besitz der Regierungstruppen, ebenso die nördlich München liegenden Ortschaften Petershausen und Allershausen sowie die östlich von München gelegenen Orte All-Deiting und Neu-Deiting.

Die Regierung bleibt in Bamberg

Bamberg, 28. April. In den Zeitungen erscheinen immer wieder Mitteilungen von einer bevorstehenden Verlegung der bayerischen Regierung aus Bamberg. Bald wird Bamberg, bald Würzburg, bald werden andere Städte als Regierungssitz genannt. Wer in Bamberg weilt und in Verbindung mit der Regierung unterhält, weiß, daß die bayerische Regierung auf einen längeren Aufenthalt in Bamberg in der ehemaligen königlichen Residenz eingerichtet hat und diese Einrichtung auszubauen beabsichtigt. Auch von den Ministern sind in der Residenz Wohnungen bezogen worden. Ferner wird der bayerische Generalstab mit seinen Nebenräumen für den Landtag eingerichtet. Die Arbeiten sind schon so weit fortgeschritten, daß der Landtag bald seine Tagung die hauptsächlich in Kommissionsberatungen besteht, beginnen kann. Die längere Dauer des Aufenthalts der Regierung in Bamberg hat ihren Grund in der Notwendigkeit, einige schwierige gesetzgeberische Arbeiten auf wirtschaftlichem Gebiet in Ruhe und ungehindert mit Beschleunigung vollenden zu können. Dazu sind auch die meisten Regierungsbeamten hierhergekommen. Erst nach Beendigung dieser Arbeiten und der Ordnung der Verhältnisse, kaum aber vor Ende September, werden Regierung und Landtag nach München zurückkehren.

Neue Unruhen in Oberschlesien

Oppeln, 28. April. In den verschiedenen Orten im Industriebezirk sind heute plötzlich Streiks ausgebrochen. Der Streik ist politischer Natur und droht weiter um sich zu greifen. Die Lage ist sehr ernst. Es ist mit einem Generalstreik zu rechnen. Sozialistische Forderungen sind seitens der Streikleitung aufgestellt worden. Danach soll der Grenzschutz durch Arbeitermiliz ersetzt werden; weiter wird die Aufhebung des Besatzungsstandes, die Freilassung politischer Gefangener, die sofortige Arbeitslosigkeit und die Selbstverwaltung für Oberschlesien verlangt.

Der Kampf gegen Budapest

Budapest, 28. April. Die Unger. Tel.-Korr. meldet: Die Rumänen haben am 25. April im Angriff auf den Nordflügel der Donau einen Erfolg erzielt und sind in Richtung auf das Ziel, die Donau zu überqueren, vorgegangen. An den übrigen Teilen der Front der Donau haben die Rumänen im unbedeutenden Maße Raum gewonnen. An der Südfront haben am 25. April die Soldaten von Rattasap in der Richtung auf Szeged unsere Sicherungsgruppen angegriffen und einige Kilometer nördwärts abgedrängt. Im übrigen ist die Lage unversändert.

Der Vorkampf der Rumänen in Ungarn dauert fort. Der rumänische Oberbefehlshaber vom 24. April meldet: Die ungarischen Truppen scheinen zu hartem Widerstand geneigt, doch werden sie vor unserer Kanaille. Auch die Geffeldbatterien haben ihren Widerstand aufgegeben und weichen zurück. Die auf Debreczin vorrückenden Truppen stehen auf einer künftigen ungarischen Armee, doch konnte diese das Vorrücken der Rumänen nicht aufhalten.

Das Budapest Korresp.-Bureau meldet, daß Bela Kun eine Bitte um Waffenhilfe an das rumänische große Hauptquartier geschickt hat.

Aus dem Reichsfluchtungsgefecht

Detmar, 28. April. Aus dem nunmehr der Nationalversammlung zugewandenen Entwurf des Reichsfluchtungsgefechts sind folgende Bestimmungen wiedergegeben: Vereinfachung von Staatsdokumenten, Staatsdokumenten sind bei Ablauf des

unternehmen zu höchstens dem Ertragswerte zum Kauf anzubieten, soweit nicht ihre Erhaltung im Staatsbesitz für Unterrichts-, Verkehrs- oder andere Zwecke öffentlicher oder volkswirtschaftlicher Art notwendig ist. Bei der Schätzung des Wertes sollen vorübergehende Verhältnisse, die auf außerordentlichen Verhältnissen des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden.

Gewerkschaftliche Organisation der Preise

Berlin, 28. April. Der Reichsverband der deutschen Preise hielt gestern hier eine Delegiertenversammlung ab. Nach eingehender, den ganzen Tag füllender Verhandlung wurde der grundlegende Paragraph der neuen Satzungen angenommen, nachdem der Reichsverband seine Umbildung in eine gewerkschaftliche Organisation vollzieht. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Aus aller Welt

Jangelheim. Die Eröffnung des Spargel- und Lohrmarktes in der Markthalle findet am Mittwoch, den 30. April, statt. Der Markt findet täglich nachmittags 1½ Uhr statt.

Bom Hunsrück. Ein Bauernstreik broht auf dem Hunsrück auszubrechen. Neben der Lieferung der Eier wollen die Bauern auch die der Butter einstellen, wenn sie nicht höhere Preise, mindestens 4 Mark für das Pfund, erhalten. Sie hören von den übermäßigen Preisen, 24 bis 30 Mark, im Industriegebiet und wollen wenigstens ihren Anteil daran haben. Dann den Bemühungen des Landrats und dem Vermitteln einflussreicher Persönlichkeiten gibt die Hälfte der Bauern die Butter noch zu dem alten Preise von 3,50 Mark das Pfund ab.

Ballenbar. Geradezu beängstigend werden die unsicheren Zustände. Nachdem während der vergangenen Woche ruhig das Begegnende Bürger am Abend angehalten und mißhandelt wurden, drangen dieser Tage am hellen Nachmittag drei betrunkene Unholde in ein Haus ein. Sie ließen über ein hohes Gittergitter, und als der Besitzer ihnen den Eingang verweigerte, wühlte er mit Häuten bearbeitet; trotzdem gelang es ihm, die Haustüre aufzuschlagen. Nun schlugen die Kerle die Fenster ein und stiegen in das Innere des Hauses. Alles, was ihnen in die Hände fiel, wurde zertrümmert; Tische, Stühle und die übrige Zimmereinrichtung wurde kurz und klein geschlagen. Mit vieler Mühe gelang es endlich, die Banditen festzunehmen und in Sicherheit zu bringen.

Aus der Pfalz. Ein „Schulstreik“ an einer Schule in Enkenbach ausgebrochen. Seit längerer Zeit brachten die Kinder Aufführungen des Lehrers mit aus der Schule heim, durch welche die Religion und religiöse Übungen verächtlich gemacht wurden. Die Beibehaltung der Eltern war unausbleiblich; in Petitionen wandten sie sich an die Gemeindevertretung und an die Regierung. Als diese Petitionen nicht wurden und die Eltern nicht mehr zusehen konnten, wie in den Händen ihrer Kinder die Religion und Liebe zu ihrem Glauben untergraben wurde, schickten sie sich daran, ihre Kinder aus der Schule fernzuhalten. So kam es, daß am 14. April von 72 Schülern nur zwei — das eigene Kind des Lehrers nicht eingerechnet — sich zur Schule eingefunden hatten.

Zweibrücken. Eine französische Aufstellung in der Pfalz. In Anwesenheit des Kommandierenden Generals der 8. Armee und von acht Generalen seiner Armee wurde hier mit großem militärischem Zeremoniell eine Aufstellung französischer Industrie- und Kunstgewerbe veranstaltet, zu der mehr als 500 Kunstler aus allen Teilen Frankreichs Muster aus dem Gebiet der Metallindustrie, Juwelier- und Goldschmiedekunst, Präzisionsinstrumente, Nahrungsmittelzeugnisse, Kinderspielwaren, Möbel, Tüll und Konfektion u. dgl. im Werte von mehreren hunderttausend Mark aufgestellt haben. General Geraud, der Anwesende, bezeichnet in längerer Eröffnungsansprache als Zweck der Ausstellung: Förderung guter Nachbarschaft zwischen Frankreich und der Pfalz, Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen, Wirklichkeit an der wirtschaftlichen Neuorientierung der Pfalz.

Besel. Die Stadt Besel überreichte den Müttern von sechs und mehr Kindern unter 14 Jahren eine städtische Ehrennadel von 100 Mark und an solche von mehr als acht Kindern 200 Mark.

Menschen

Roman von Klaus Schulmann.

17) (Ruhend verstorben.) Meister Bräufeld hörte die Stimme seines Sohnes. Da trat er aus seiner Werkstatt heraus, reichte Heinrich die Hand und sagte: „Junge, du machst mir Freude.“

Dann nahmen Vater und Mutter den Sohn mit ins Wohnzimmer.

„Junge“, begann der Vater, „wenn du nun nicht allzuviel Geld gebraucht, kannst du deinen Beruf als Lithograph aufgeben und Maler werden. Ich habe schon ein hübsches Bildchen erarbeitet, zumal mein Geschäft ja gut geht. Verdienst du etwas dazu, gebraucht du nur die Sinsen des Kapitals, das dein Bild dir eingebracht hat.“

„Ich sprach eben schon mit Doktor Mann darüber, der mir riet, nach Düsseldorf zu gehen“, erwiderte Heinrich.

„Nun, wohin du gehst, das wird sich ja finden“, meinte der Vater. „Mich freut es nur, daß dein heißer Wunsch der Erfüllung entgegengeht.“

„Wir müssen aber Großmutter sofort Nachricht schicken“, schaltete die Mutter ein. „Ich besorge selbst das Telegramm. Mutter“, entgegnete Heinrich. „In den Nachmittagsstunden soll ich noch zum Justizrat Störger kommen.“

Allmählich stellten sich auch die Besuche ein. Just kamen die Nachbarn, die mehr die Neugierde wie die Mißtraue trieb. Dann stellten sich weitere Gäste ein, Kunden des Meisters Bräufeld. Diese gaben ihrer aufrichtigen Freude Ausdruck, da der Vater stille und wortlos, aber sehr gewissenhafte Meister Bräufeld, der eine sehr großen Beliebtheit erfreute. Auch schriftliche Glückwünsche kamen von allen Seiten ein.

Erster der Brief des Gustav'schen Bonfils, in dem er Heinrich seinen Ruf ansetzte und seiner Freude Ausdruck gab, daß das Bild in seiner Besitz gekommen sei. Daraus schrieb er aber nicht, daß Walter Störger, in einem an Herr Bräufeld, den Gustav'schen, genaue Mitteilung gemacht habe über die Verhältnisse, die die Bonfils, die sich für Heinrich an den

Verlauf des Bildes hätten können. Das im dieser Brief dann bewogen hatte, den außerordentlichen Brief zu schreiben.

Am Nachmittag traf Heinrich in der Wohnung des Justizrats ein. Mit lebhafter Freude begrüßte ihn Bräufeld, der ihm die Haustüre geöffnet hatte. Heinrich erschrak, als das schöne Mädchen vor ihm stand und ihn mit so herzlichster Freude begrüßte. Der Druck der seinen, vor ihm stehenden Hand durchdrang ihn mit einem Gefühl ungeheurer Wärme. Die Freude des Willkommens, die ihm aus den großen, dunklen Augen so unerschaffen entgegenlachte, durchdrang ihn und durchschauerte sein Herz und ließ es in hoher Bewirtung erzittern. Mechanisch folgte er dem jungen Mädchen, das ihn in den Saal führte. Dann hoben sich die breiten Portieren, die Wohnzimmer und Salon von einander trennten, und der Justizrat trat mit Walter in den Salon. Plötzlich glitt Heinrichs Blick durch die Öffnung der Portiere und traf eben so plötzlich eine schlanke, bleiche Gestalt, die mit müden, traurigen Augen den Herren nachsah. Dieser schlanke Blick tat Heinrichs Seele sehr wehe. Einen Augenblick sah sein Auge dichter und ernst auf. Der Justizrat sah die ersten Augen und sofort durchdrang ihn die Ahnung, was d'een Ernst hervorgerufen hatte. Deshalb trugen auch seine Blicke wieder den geheimen quälenden Schmerz, als er sich zwang, in lebenswichtigen Worten Heinrich zu begrüßen. Erst die Bescheidenheit, mit der Walter seinen Freund begrüßte, legte sich beruhigend auf Heinrichs Seele, dessen Auge nun nur die ganze, tiefe Freude, den berechtigten Stolz zeigte, die seine Seele erfüllten.

„Mensch, Freund und Bruderherz“, begrüßte Walter ihn, „wie prächtig hast du dich gemacht! Da sieht man doch, daß die wahre, echte Kunst sich Bahn bricht, wenn auch die Hindernisse unüberwindlich erscheinen.“

„Na, da wird die Kunstuniform Ihnen mal recht gut stehen.“

„Das Vergnügen, mich barm zu sehen, werden Sie nie haben, gnädiges Fräulein“, lachte Heinrich. „Mit Gott werde ich noch zum Refektorium kommen und dann Gott beugen.“

Der Justizrat lachte hell auf, als er die

schwere Enttäuschung auf dem Angesicht seiner Tochter sah, die die Worte hervorgehen hatte. Er wollte gerade etwas erwidern, als seine Tochter ihrer Enttäuschung Ausdruck gab.

„Herr Bräufeld“, sagte sie nach offen, „das verheißt ich nicht. Als Künstler werden Sie sich eine soziale Stellung erringen, in der Ihnen der Referent unumgänglich notwendig ist.“ „Daher“, ließ sich der Justizrat vernehmen, „Mabel, pa behauptest du aber sehr viel. Herr Bräufeld erringt durch sein Talent die soziale Stellung, zu der die Uniform nur ein notwendiges Werkzeug wäre. Uebrigens verheißt ich ganz gut, weshalb sich Herr Bräufeld mit der Charge eines Referenten begnügen wird, und finde es unangebracht, vernünftig, daß der Künstler auf solche Reuelichkeiten wenig Gewicht legt.“ „Aber du bist doch Bauplan der Referent“, beharrte Bräufelds Tochter.

„Na ja“, entgegnete der Justizrat, „das ist auch etwas ganz anderes. In meiner Stellung muß darauf auch Gewicht gelegt werden.“

„Uebrigens wäre ich auch niemals Referent geworden“, bekannte Heinrich freimütig. „Mein Vater ist ja ein Bauplan.“

„Nun, davon wollen wir es genug sein lassen“, schloß der Justizrat. „Ist interessant es und zunächst viel mehr zu wissen, was Herr Bräufeld zu tun gedenkt.“

Doktor Mann, ein väterlicher Freund und Gönner von mir, rief mir, nach Düsseldorf zu ziehen“, entgegnete Heinrich.

„Da gehst du doch lieber mit mir nach München“, schloß Walter vor. „Bapa wünscht, daß ich die ersten Semester dort verbringe, und ich finde es göttlich, wenn du bei mir wärst.“

„Ich will mit Herrn Doktor Mann darüber sprechen“, sagte Heinrich. „Ich gedenke, daß er nichts dagegen hat.“

„Wer ist dieser Doktor Mann?“ forschte der Justizrat. „Dreie ich mich nicht, habe ich seinen Namen häufig schon gehört und gelesen.“

„Doktor Mann ist ein Jungfelle“, entgegnete Heinrich. „Der vom gütigen Gott so gesegnet ist, daß er seine Kunst so sehr zu verheeren vermag. Bei einer außerordentlichen Vorliebe für alle Künste ist er aber in Rolle eines Protectors zahlreicher Künste u. d. g.“

„Ich habe“, sagte der Justizrat mit erzwungener Ruhe, „daß Sie, lieber Herr Bräufeld, Zeuge dieser traurigen Szene gewesen sind. Leider hat sich der Zustand meiner Frau sehr verschlimmert. Sie liegt schon in den letzten Tagen, denn jegliche Kräfte vollständig fehlt. Eeben hat sie irgend etwas gehört haben, was sie sehr sehr erregte. Daher ist augenblicklich Zustand sehr ernst.“

„Ich habe“, sagte der Justizrat mit erzwungener Ruhe, „daß Sie, lieber Herr Bräufeld, Zeuge dieser traurigen Szene gewesen sind. Leider hat sich der Zustand meiner Frau sehr verschlimmert. Sie liegt schon in den letzten Tagen, denn jegliche Kräfte vollständig fehlt. Eeben hat sie irgend etwas gehört haben, was sie sehr sehr erregte. Daher ist augenblicklich Zustand sehr ernst.“

früher Vereine. Dabei beschäftigt er sich mit der Malerei und Schriftstellerei. Sie werden manche Skizze aus seiner Feder schon gelesen haben.“

„Ah, ich erinnere mich des Namens“, sagte Bräufelds Tochter. „Nach langem fand ich in Zeitschriften und Monatsheften eine ergreifende Skizze von ihm, 'Verloren'. Sie handelte über einen jungen Mann, der sich sehr in ein junges Mädchen verliebt, die aber einen anderen heiraten mußte und dann geisteskrank wird.“

„Fräulein Berta hatte lebhaft erregt diese Worte gesprochen und aller Augen hing an ihrem Lippen. Deshalb hatte es keiner bemerkt, wie plötzlich eine weiße Hand die Portiere zwischen Salon und Wohnzimmer leise öffnete und eine junge, waschele Gestalt mit großen, verheerten Augen auf Berta sah. Das war Frau Justizrat Störger, die bei den letzten Worten der Tochter einen leisen Schrei ausstieß und die Worte murmelte:

„Die Wahnsinnige bin ich.“

Dann sank die Gestalt ohnmächtig zusammen. Die Bestürzung, die diese überraschende Szene hervorrief, ist leicht begreiflich. Der Justizrat war aufgesprungen, nahm leise und zärtlich die leichte Last auf den Arm und trug sie in das Wohnzimmer. Fräulein Berta war hinzugefallen, während Walter Heinrich zurückhielt, der nach ihrer peinlichen Szene sich leise entfernen wollte.

„Bleibe nur hier, Heinrich“, bat er. „Da Mama kommen so die Anfälle öfters vor. Leider hat sich ihr Zustand in letzter Zeit sehr verschlimmert und wir sind in großer Bedrängnis.“

Der Justizrat trat wieder ein. Jeder Tropfen seines aus seinem Gesichtes gewichen, das an so stark und markant den weichen Zug von Heinrich ihm tief erschütterte beide Hände

„Ich habe“, sagte der Justizrat mit erzwungener Ruhe, „daß Sie, lieber Herr Bräufeld, Zeuge dieser traurigen Szene gewesen sind. Leider hat sich der Zustand meiner Frau sehr verschlimmert. Sie liegt schon in den letzten Tagen, denn jegliche Kräfte vollständig fehlt. Eeben hat sie irgend etwas gehört haben, was sie sehr sehr erregte. Daher ist augenblicklich Zustand sehr ernst.“

„Ich habe“, sagte der Justizrat mit erzwungener Ruhe, „daß Sie, lieber Herr Bräufeld, Zeuge dieser traurigen Szene gewesen sind. Leider hat sich der Zustand meiner Frau sehr verschlimmert. Sie liegt schon in den letzten Tagen, denn jegliche Kräfte vollständig fehlt. Eeben hat sie irgend etwas gehört haben, was sie sehr sehr erregte. Daher ist augenblicklich Zustand sehr ernst.“

„Ich habe“, sagte der Justizrat mit erzwungener Ruhe, „daß Sie, lieber Herr Bräufeld, Zeuge dieser traurigen Szene gewesen sind. Leider hat sich der Zustand meiner Frau sehr verschlimmert. Sie liegt schon in den letzten Tagen, denn jegliche Kräfte vollständig fehlt. Eeben hat sie irgend etwas gehört haben, was sie sehr sehr erregte. Daher ist augenblicklich Zustand sehr ernst.“

